

re beiden Länder stehen sich viel näher, als manche glauben. Wir möchten nun diesen Entwicklungsprozeß mit Großbritannien weiterführen, der zu neuen Annäherungen unserer Standpunkte führen könnte. Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß es in Zukunft Situationen geben könnte, in denen unsere beiden Länder in Grundsatzfragen wirklich divergierende Verteidigungsinteressen hätten. Der Dialog mit Deutschland muß einige Fakten berücksichtigen und sich vor allem mit einer Fragestellung beschäftigen: Was kann Frankreich anbieten, was Deutschland nicht schon dank der amerikanischen Abschreckung hat? Dies ist ein hochaktuelles Thema zu einem Zeitpunkt, da sich neue Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten entwickeln sollten, die das Atlantische Bündnis gleichzeitig erhalten und erneuern sollen.

Soll nach dem Ende des Kalten Krieges angesichts der deutschen Wiedervereinigung, die eine der tragischsten Episoden in der Geschichte unseres engsten Verbündeten beendet hat, immer noch die Frage nach einer auf Deutschland „erweiterten Abschreckung“ gestellt werden? Ich finde, diese Formulierung könnte nach Bevormundung klingen, daher spreche ich lieber von „konzertierter Abschreckung“, ein Begriff, den ich zum ersten Mal im Januar verwendet habe.

Was bedeutet dieser Begriff? Er weist zunächst darauf hin, daß es einen Dialog zwischen zwei gleichberechtigten Partnern geben muß, über ein Thema, das an deren gemeinsame zukünftige Existenz rührt. Deutschland hat nicht die Absicht, sich Atomwaffen zuzulegen. Es hat dies nach der Wiedervereinigung feierlich verkündet, indem es den Beitritt des neuen Staates zum NVV bestätigt hat. In einer Welt, in der Atomwaffen weiter eine unentbehrliche Rolle spielen werden, allein schon wegen der bestehenden Atomwaffenarsenale, wird die Notwendigkeit, Deutschland gegen eine solche Bedrohung zu schützen, um so dringender.

Jacques Chirac erinnerte 1987 hier vor Ihren Vorgängern daran, daß General de Gaulle „ein gemeinsamer strategischer Raum“ für Frankreich und Deutschland vorschwebte und er dabei betont hätte, daß die Nationen Westeuropas stufenweise zu einem geschlossenen Gebilde zusammenwachsen würden. Hieß das nicht damals schon, daß die vitalen Interessen Frankreichs seit Jahren eher einen politischen als einen geographischen Horizont hätten? Dies ist eines der bedeutendsten Ergebnisse von 50 Jahren Versöhnung und Dialog. Es ist natürlich auch das Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses, in dem Frankreich und Deutschland von Anfang an die treibenden Kräfte waren.

Karl Lamers und Andreas Schockenhoff zur Gründung des Arbeitskreises Frankreich der CDU/CSU-Fraktion

(Auszüge)

„Die deutsch-französischen Beziehungen müssen ... auf eine qualitativ neue Stufe gestellt werden.“ Als Beitrag zur Erfüllung dieser Forderung, enthalten in dem Positionspapier der christdemokratischen Bundestagsfraktion vom 1. September 1994 (im Wortlaut dokumentiert in „Blätter“, 10/1994, S. 1271ff.) wird die Gründung des Arbeitskreises Frankreich am 9. Oktober 1995 betrachtet, der unter Leitung von Karl Lamers und Andreas Schockenhoff steht. Die nachstehend Überlegungen, die wir in Auszügen wiedergeben, reflektieren das bilaterale deutsch-französische Verhältnis mit Blick auf die Aufgaben, die in naher Zukunft auf die Europäische Union zukommen. D.Red.

1. Die Reaktionen von Teilen der Öffentlichkeit und der Politik in beiden Ländern auf politische Ereignisse wie die jüngsten französischen Atomtests, Währungskrisen, Osterweiterung der EU und NATO, Wiedervereinigung und manch kleinere Anlässe lassen nicht nur immer wieder unterschiedliche Sichtweisen und Mißverständnisse erkennen, sondern bei näherem Hinsehen auch Ängste und gewisse Vorbehalte. Sie sind zwar keineswegs bestimmend für die Einstellung sowohl der Mehrheit der Bevölkerung wie für die Haltung der Mehrheit der Eliten, besonders der Politik. Dennoch erschweren sie nicht nur die Lösung aktueller Probleme

me, sondern erweisen sich darüber hinaus auch als eine beträchtliche Hemmschwelle, den jetzt notwendigen Schritt zu einer qualitativ höheren Verdichtung der europäischen Vereinigung zu tun. Parlamentarier können und sollen offener miteinander reden als Regierungen. Sie sollten das weniger abstrakt als vielmehr anhand konkreter Themen tun. Die kulturell-historisch bedingten Hintergründe für die emotionalen Differenzen müssen durch eine Verstärkung des kulturellen Austauschs so weit wie möglich aufgeklärt und rational balanciert werden. Die Politik kann hierzu – begrenzt – Voraussetzungen schaffen, damit die geistigen Eliten beider Völker sich wieder sehr viel stärker miteinander auseinandersetzen. Das muß ein erstrangiges Ziel sein.

2. Die französischen Nukleartests, die Art ihrer Ankündigung und die deutsche Reaktion auf beides sind ein sehr typisches Beispiel für die erwähnten Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern. Sie können aber auch ein Beispiel dafür werden, wie man sie nutzt, um das alte und immer dringender werdende Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigung schneller zu erreichen. Dazu sollte die deutsche Antwort auf das Angebot Frankreichs, seinen Nuklearwaffen eine europäische Funktion zu geben, positiv sein – was Deutschland Schwierigkeiten macht. Aber die Antwort muß Gegenfragen enthalten, um auf seine Substanz hin zu prüfen:

- Welches ist heute überhaupt die Funktion von Nuklearwaffen?
- Ist eine Mitwirkung der anderen Europäer möglich, und kann sie ähnlich wie die einiger NATO-Partner an der amerikanischen Abschreckung zur Zeit des Kalten Krieges gestaltet werden?
- Wie ist das Verhältnis einer europäischen Nuklearkomponente zur amerikanischen, wie soll die britische einbezogen werden?

Vor allem muß die europäische Nuklearkomponente integrierter Teil einer wirklich existenten gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, d.h. gemeinsamer militärischer und handlungsfähiger politischer Entscheidungsstrukturen sein.

3. Eine europäische Verteidigung muß das Verhältnis zur NATO und damit zu Amerika klären. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- Wie unabhängig muß die europäische Verteidigung sein und wieweit kann sie es sein?
- Wie weit trägt die Unterscheidung zwischen Art.5-Aufgaben und Nicht-Art.5-Aufgaben (CJTF-Konzept)?
- Welches sind in diesem Zusammenhang die Lehren aus dem Jugoslawien-Konflikt?
- Sind nicht die französischen Befürchtungen einer amerikanischen Dominanz in und durch die NATO angesichts der drastischen Verringerung der US-Präsenz überholt?
- Würde eine europäische Verteidigung zu einer amerikanischen Abkopplung führen oder kann im Gegenteil das amerikanische Commitment dauerhaft nur dann gesichert werden, wenn die Europäer eine wesentlich größere Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen?
- Würde eine solche Entwicklung nicht zwangsläufig auch zu einem echten politischen Gleichgewicht in der Allianz führen?
- Ergibt sich nicht aus dem europäischen Einigungsprozeß als logischer Endpunkt ein Bündnis zwischen Amerika und Europa als handlungsfähiger Einheit?
- Ist diese Perspektive geeignet, die Lösung des Problems der NATO-Erweiterung zu erleichtern, weil sie es erlaubt, stärker den europäischen Teil der NATO in den Beitrittsländern in Erscheinung treten zu lassen als den amerikanischen?
- Kann oder muß gar das Bündnis zwischen Europa und Amerika seine Zuständigkeit auf die globalen Herausforderungen ausdehnen?
- Sollten die euro-atlantischen Beziehungen in den Bereichen Handel und Wirtschaft institutionalisiert werden?
- Wie können – nicht nur französische – Befürchtungen behoben werden, daß Deutschland durch seine innere Verfassung allzusehr gehemmt ist, sich ausreichend und schnell genug an friedensbewahrenden und friedenswiederherstellenden Maßnahmen zu beteiligen?
- Wie ist auf diesem Hintergrund die Integration von Streitkräften wie der des Eurocorps zu sehen?
- Wie weit soll der Aktionsraum solcher Streitkräfte reichen (nur Europa oder auch angrenzender Bereich oder auch Afrika)?

[...]

5. Wie kann den Befürchtungen vor einer Schwerpunktverlagerung der EU und einer damit einhergehenden Gewichtsverlagerung zugunsten Deutschlands infolge der Osterweiterung begegnet werden? Wir glauben, daß das einzige Mittel eine Europäisierung der Ostpolitik und eine gemeinsame Anstrengung bei der Eingliederung mittelosteuropäischer Länder in die EU ist. Deutschland kann und will nicht allein Partner und Gegenpart Rußlands sein. Deutschland kann und will nicht allein seinen östlichen Nachbarn auf dem schwierigen Weg in eine bessere Zukunft und in die EU helfen. Deutschland will und kann keine Hegemonie über sie ausüben, und sie wollen noch viel weniger, daß eine solche über sie ausgeübt wird. Eben daher wollen sie Mitglieder in der EU als einer politisch festverfaßten Gemeinschaft und nicht in einer Art besseren Freihandelszone werden. Wie kann die französische Öffentlichkeit besser als bislang von dieser deutschen Position überzeugt werden? Wie kann das in der deutsch-französischen Zusammenarbeit über das „Weimarer Dreieck“ mit Polen hinaus zum Ausdruck gebracht werden?

-Kann und wie kann die Mitgliedschaft einiger MOE-Länder in der Europäischen Union bis zum Jahr 2000 verwirklicht werden?

-Reichen Übergangszeiten, um die Probleme, die mit einem baldigen Beitritt verbunden sind, oder müssen neue Instrumente gefunden werden?

Deutschland sieht ebenso klar die dringende Notwendigkeit, den Mittelmeerraum stabilisieren zu helfen und auch diese Politik zu europäisieren.

-Können Deutschland und Frankreich auf diesem Feld kooperieren?

-Wie kann Deutschland hier von Frankreichs Erfahrungen lernen?

-Was sollen die regionalen und sektoralen Schwerpunkte der Entwicklungshilfe der Europäischen Union sein?

-Was sind die dahinter stehenden politischen Ziele?

6. Welche Folgerungen ergeben sich für die Verfassung der Europäischen Union aus der fehlenden Fähigkeit oder dem fehlenden Willen heutiger und wahrscheinlich künftiger Mitglieder der Union, sich an allen heutigen und künftigen Politikbereichen zu beteiligen, vor allem an der Verteidigung (neutrale Mitglieder) und der Währung (Konvergenzkriterien) der Union?

-Wie weit ist eine Kernbildung unerläßlich, um die Handlungsfähigkeit der EU zu steigern und das Spannungsverhältnis zwischen Vertiefung und Erweiterung fruchtbar zu machen?

-Wie ist der Kern zu verfassen und wie ist sein Verhältnis zu den anderen Mitgliedern?

Die letzte Frage stellt sich vor allem für die im Maastrichter Vertrag nicht hinreichend geklärte Frage des Verhältnisses zwischen den Ländern, welche in die dritte Phase der WWU eintreten, und denen, die das wegen der Konvergenzkriterien noch nicht können. Können Frankreich und Deutschland geeignete Lösungen finden, die ein Auseinanderdriften verhindern, die Konvergenzkriterien strikt einhalten und eine Teilnahme solcher Länder an der Kerngruppe ermöglichen?

Schwerpunkte, Defizite und Aufgaben grüner Außenpolitik

Thesen von Ludger Volmer und Frithjof Schmidt

(Wortlaut)

In Heft 9/1995 (S. 1141ff.) veröffentlichten wir den Brief von Joschka Fischer an Bündnis 90/Die Grünen zur „Katastrophe in Bosnien“, der sich auch mit außenpolitischen Grundsätzen grüner Politik befaßt. Nachstehend dokumentieren wir ein außenpolitisches Strategiepapier von Ludger Volmer, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, und Frithjof Schmidt. D. Red.

1. Programmatik und außenpolitischer Prozeß

Es gibt programmatische Grundorientierungen grüner Außenpolitik: Die Absage an jeglichen Nationalismus, machtpolitische Selbstbeschränkung und internationale Einbindung, zivile Formen des internationalen Interessenausgleichs und der Streitbeilegung, radikale Abrüstung und Entmilitarisierung der internationalen Politik, aktiver Einsatz für die Menschenrechte, Angleichung der Lebenschancen aller Völker, Bewahrung und Wiederherstel-